

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Geheimdienste demokratisch kontrollierbar machen – Nazi-Mordserie umfassend aufklären**

Das Handeln der Geheimdienste muss in einem Rechtsstaat transparent und nachvollziehbar gestaltet werden. Politische Verantwortlichkeit muss gewährleistet sein. Dem widerspricht die aktuelle Praxis verschiedenster Geheimgremien in den Ländern und auf Bundesebene (und der gemeinsamen Bund-Länder-Gruppe), die schon deshalb nicht geeignet sind das Versagen der Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden im Zusammenhang mit den Morden der Neonazigruppe „NSU“ umfassend aufzuarbeiten, weil ihnen Informationen mitgeteilt werden, deren Überprüfung, Abgleichung und Diskussion den Parlamentariern/-innen in der Regel untersagt ist.

Unter diesen Voraussetzungen können die in Verbindung zu den Taten stehenden Aktivitäten und Unterlassungen der Geheimdienste nicht aufgeklärt werden. Das demokratiefeindliche Konstrukt eines unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagenden, mithin unkontrollierbaren Gremiums, das sich ausschließlich auf die unüberprüfbaren Informationen eines Geheimdienstes stützt, kann nicht aufrechterhalten werden. Diese Konstruktion war vielmehr wichtiges Strukturelement jahrelang wuchernder rechts-extremistischer Verstrickungen der Geheimdienste. Nach derzeitigem Kenntnisstand begünstigte sie diese Mordserie letzten Endes sogar.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat uneingeschränkte Transparenz und umfassende Informationsbereitschaft vonseiten des Landesamts für Verfassungsschutz.
- Die im Zusammenhang mit der umfassenden Aufklärung der Mordserie und dem Handeln und Unterlassen des Verfassungsschutzes stattfindende Unterrichtung der Bürgerschaft (Landtag) geschieht zeitnah in der Innendeputation und nicht in der Parlamentarischen Kontrollkommission nach dem Verfassungsschutzgesetz.
- Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Novellierung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes rechtsstaatliche Fortschritte bringt, Transparenz und Verantwortlichkeit stärkt. Die Parlamentarische Kontrollkommission genügt diesen Kriterien aktuell nicht.

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE